



So sieht es aus, das HP-Virus, das zu Krebs führen kann. Mittels Pap-Abstrichs kann es frühzeitig erkannt werden. Foto: Picturedesk.com

Gynäkologin verrechnete 6500 nie erstellte Krebsabstriche

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate gibt es einen massiven Fall mutmaßlichen Betrugs in einer gynäkologischen Ordination in Wien. Diesmal sind fast 1500 Frauen betroffen. Patientenanwältin Sigrid Pilz fordert vehement eine Reform der Qualitätskontrolle.

Andrea Heigl

Wien – 1436 betroffene Frauen; 6500 Krebsabstriche, die zwar verrechnet, aber nie durchgeführt wurden: Einen Betrugsfall enormen Ausmaßes brachte die Wiener Gebietskrankenkasse (WGKK) am Donnerstag ans Licht. Nach einem ähnlich gelagerten Fall mit 826 Betroffenen, der im Vorjahr publik wurde, nahm die WGKK alle 96 gynäkologischen Kassenordinationen in Wien unter die Lupe – und entdeckte bei einer Ärztin massive Ungereimtheiten. Ausschlaggebend war auch ein Hinweis einer Patientin, die den Laborbefund auf ihrer WGKK-Abrechnung vermisste.

Überprüft wird derzeit, ob es zusätzlich zum mutmaßlichen Abrechnungsbetrug auch Abstriche gab, die zwar erstellt, aber nicht zur Untersuchung ins Labor versandt wurden. Laut WGKK ist auch das nicht auszuschließen. Das wäre deshalb besonders dramatisch, weil sich die Patientinnen in Sicherheit wiegen. Kein Brief vom Arzt zum Pap-Befund heißt: kein auffälliger Abstrich, kein Gebärmutterhalskrebsrisiko. Die WGKK teilte keine Details zu der Ordination mit, wird aber die Patientinnen informieren.

Chaos aus Überforderung?

Nach STANDARD-Informationen dürfte die beliebte Gynäkologin mit der Organisation ihrer Praxis aus persönlichen Gründen nicht mehr zurechtgekommen sein. Diese wurde bereits am Mittwoch

von der MA 40 geschlossen. Der Wiener Ärztekammerpräsident Thomas Szekeres teilte mit, die Kammer habe die Ärztin beim Magistrat und der Staatsanwaltschaft angezeigt sowie interne Disziplinarmaßnahmen eingeleitet.

Der Wiener Patientenanwältin Sigrid Pilz genügt das freilich nicht. In einem ersten Schritt müssten alle Frauen nach einem Pap-Abstrich einen Befund erhalten, fordert sie – egal, ob er auffällig ist oder nicht. Damit könne zumindest kontrolliert werden, ob jeder Pap-Abstrich auch den Weg ins Labor fände. Zweitens ist der Fall für Pilz ein neuerlicher Anlass für Kritik an der ÖQMed, jene hundertprozentige Tochtergesellschaft der Ärztekammer, deren Aufgabe es ist, die Ordinationen zu kontrollieren. „Da wird überprüft, ob eine Ordination barrierefrei und hygienisch ist. Aber die wesentlichen Fragen schaut man

sich nicht an“, sagte Pilz dem STANDARD. Wie berichtet, geriet die ÖQMed schon mehrfach in Kritik – etwa, weil sie Kosten für Ordinationsüberprüfungen der Patientenanwaltschaft weiterverrechnen wollte.

Kammerpräsident Szekeres sieht das naturgemäß anders. Die ÖQMed habe keinen Zugriff auf die Daten und könne in diese ohne die Zustimmung der Patienten auch keinen Einblick nehmen. Auf einen Betrugsfall hätte sie kraft ihrer gesetzlich Aufgaben gar nicht draufkommen können. Für Pilz ist dennoch klar: „Die ÖQMed erledigt ihre Arbeit nicht.“

Zurückhaltender Minister

Deutlich zurückhaltender ist man im Gesundheitsministerium. Ein Sprecher von Alois Stöger (SPÖ) sagte dem STANDARD, die Kontrolle habe in diesem Fall gut funktioniert, alle beteiligten Institutionen hätten rasch reagiert. Dass eine Patientin an der Aufdeckung beteiligt gewesen sei, werte man als Schritt „in Richtung mehr Transparenz und Patientenautonomie“. Dasselbe erhoffe man sich von der elektronischen Gesundheitsakte. **Kommentar S. 32**

WISSEN

Zentral für die Krebsvorsorge

Ein Pap-Abstrich dauert wenige Sekunden und ist genau so schnell wieder vergessen, wenn einer Frau danach kein Brief des Gynäkologen ins Haus flattert. Informiert werden die Patientinnen, wenn sie sich durch sexuellen Kontakt mit dem Humanen Papillomvirus (HPV) infiziert haben. Dieses

kann zu Gebärmutterhalskrebs führen. Die meisten auffälligen Pap-Abstriche bedeuten lediglich, dass sich die Patientin regelmäßigen Kontrollen unterziehen muss. Eine Impfung gegen HPV ist seit kurzem gratis – auch für Männer, die zwar nicht erkranken, aber das Virus weitergeben können. (hei)

KURZ GEMELDET

WIEN

Acht Monate bedingt für neugierige Finanzbeamtin

Wien – Eine über alle Maßen neugierige ehemalige Vertragsbedienstete eines Wiener Finanzamts ist am Donnerstag im Straflandesgericht wegen Amtsmissbrauchs rechtskräftig zu acht Monaten bedingt verurteilt worden. Die 53-Jährige hatte ohne dienstliche Notwendigkeit und damit verbotenerweise Prominente, Verwandte und Arbeitskollegen im Finanzregister abgefragt. (APA)

KÄRNTEN

Bordellbetreiber will Wörtherseebühne kaufen

Klagenfurt – Bordellbesitzer Jochen Kohlweiss will die zum Verkauf ausgeschriebene Wörtherseebühne übernehmen und zum „edelsten Bordell im Alpen-Adria-Raum mit Design-Hotel-Flair“ umwandeln. Am Montag tagt der Seebühnenausschuss und wird sich mit den bisherigen Kaufangeboten auseinandersetzen. (APA)

WIEN

Fluglotsen drohen mit Streik gegen EU-Pläne

Wien – Zu Flugstreichungen und Verspätungen führten am Donnerstag Betriebsversammlungen bei der Flugsicherung Austro Control. Es geht um Strukturänderungen; die Gewerkschaft hat auch einen Streikbeschluss. (red)

„Selbstbehalte bei Therapien für Kinder abschaffen“

Österreichische Kinderliga fordert Umdenken – 80.000 Therapieplätze für Kinder fehlen

Wien – Beim Thema Kindergesundheit hat es in den vergangenen fünf Jahren in Österreich zwar Fortschritte in der Planung gegeben, trotzdem existieren anhaltende Defizite. So fehlen nach wie vor 60.000 bis 80.000 Therapieplätze, konstatierte am Donnerstag die Österreichische Kinderliga anlässlich der Vorstellung ihres Jahresberichtes.

„Auf Planungs- und Strategieebene ist recht viel geschehen. Die Schwierigkeit liegt darin, Visionen und Ideen umzusetzen“, sagte Kinderliga-Präsident Klaus Vavrik. Mit dem Kinder-Gesundheitsdialog, einer Strategie für Kinder- und Jugendgesundheit des Gesundheitsministeriums und der Aufnahme dieses Themas in die Rahmengesundheitsziele des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger seien aber durchaus auch Fortschritte erzielt worden.

Doch die Realität sieht in vielen Fällen für Betroffene oft anders aus. Vavrik: „In Wien sind sechs Kassenstellen für Kinder- und Jugendpsychiatrie geplant. In Niederösterreich gibt es fünf. Es sollen dort 30 Stellen für Ergotherapie geschaffen werden. Und das Burgenland hat plötzlich die Logopädie für sich entdeckt.“

Es würden aber in Österreich 60.000 bis 80.000 Therapieplätze für Kinder und Jugendliche fehlen. Die Selbstbehalte stellen ein Hindernis dar. Es gibt 7700 Rehab-

plätze für Erwachsene, aber nur 50 Plätze für Kinder.“

Skepsis im Kieferbereich

Mit gemischten Gefühlen bewerten die Experten auch die Pläne von Gesundheitsminister Alois Stöger, in absehbarer Zeit eine flächendeckende Gratisversorgung

für Kinder zu schaffen, die Zahnspangen brauchen. „Das sind Aufwendungen von an die 100 Millionen Euro, wenn nicht mehr“, sagte Vavrik. Oberste Priorität hätte die kieferorthopädische Gratisversorgung für alle Kinder nicht: „Das kann eine finanzielle Entlastung für Familien sein. Aber der

Schweregrad und die finanziellen Möglichkeiten der Familien sind unterschiedlich.“

Eine vorerst wahrscheinlicher zielführendere Einsatzmöglichkeit für solche Summen: „Die Selbstbehalte für Kinder und Jugendliche bei den Therapien sollten abgeschafft werden.“ (APA)

Haft für „freundlichen“ Zuhälter

39-Jähriger soll Frau zur Prostitution gezwungen haben

Michael Möseneder

Wien – „Er ist ein Zuhälter der freundlichen Art“, versucht Verteidiger Helge Doczekal im Schlussplädoyer Stimmung für seinen Mandanten Yusein E. zu machen. Der sitzt wegen Menschenhandels und Zuhälterei vor dem Schöffengericht unter Vorsitz von Ulrich Nachtberger. Und das, obwohl sein Opfer bei der Einvernahme beteuerte, es sei völlig freiwillig auf den Straßenstrich gegangen und habe E. nie Geld abliefern müssen.

Ein übliches Problem für die Staatsanwaltschaft: Die Frauen entlasten ihre Zuhälter – meist aus Angst. In diesem Fall liegt die Sache anders: E. gehörte zu einem Netzwerk, dessen Telefone von

der Polizei abgehört worden sind. Diese Protokolle sprechen eine andere Sprache: Der 39-Jährige debattiert über den Verkaufspreis der Frau, echauffiert sich über ihre „geschäftsschädigende“ Schwangerschaft und kündigt an, in seine Heimat zu fahren und sich ein „Topalmädchen“ zu besorgen. Der Ausdruck für eine Körperbehinderte.

GERICHT

In seiner Urteilsbegründung zerpflückt Nachtberger die Verteidigungslinie des Angeklagten, es sei alles freiwillig gewesen. „Kein Mensch kann mir erzählen, dass jemand freiwillig im Jänner bei minus zehn Grad im Prater steht.“ Die Frau sei gehandelt worden – dabei sei Sklaverei 1811 abgeschafft worden. Drei Jahre unbeding, nicht rechtskräftig.

NAMEN



In der donnerstägigen Sitzung des burgenländischen Landtages debütierte der neue Grüne **Wolfgang Spitzmüller** (44)

ersetzt den für die EU-Wahl kandidierenden **Michel Reimon** (42). Statt dessen rauer, zuweilen auch emotionaler Angriffslust vor allem gegenüber der SPÖ will der einstige Vier-Pfoten-Mitarbeiter und jetzige Biobauer den grünen Wurzelgrund – Verkehr, Umwelt- und Tierschutz – betonen. Darauf, dass der verheiratete Vater zweier Töchter nicht auf die thematische Breite vergisst, schaut die Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2015, **Regina Petrik** (50) beobachtete von der Tribüne aufmerksam, wie SP-Landeshauptmann **Hans Niessl** (62) den Neuen nach seiner ersten Wortmeldung breitarmig und fast schalmeiend einlud, gemeinsame Wege zu gehen. (wei) Foto: Grüne